

Freie und Hansestadt Hamburg



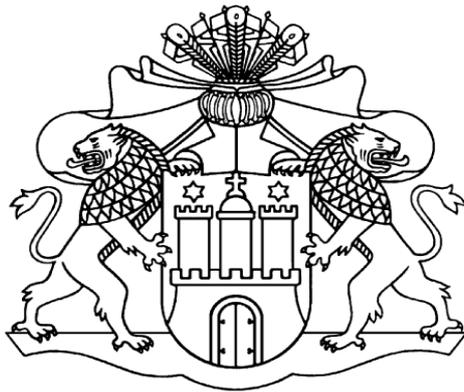
Haushaltsplan

2007/2008

Einzelplan 1.0

Bürgerschaft, Verfassungsgericht,
Rechnungshof

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan **2007/2008**

Einzelplan 1.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht,
Rechnungshof

(von der Bürgerschaft am 13.12.2006 beschlossener Haushaltsplan 2007/2008)

Inhaltsübersicht

Einzelplan 1.0

	Seite
Produktinformationen (gelbes Papier)	1 - 10
Zahlenwerk (weißes Papier)	1 - 17
Kontenrahmen für Dienstbezüge	18 - 21
Kontenrahmen für Versorgung	22 - 25
Kontenrahmen für Sachausgaben	26 - 30
Erläuterungen (graues Papier)	1 - 12
Erläuterungen zu den Kapiteln	
Allgemeine Aussagen zu den Kapiteln	
Titelerläuterungen	
Kapitel 1000 - Bürgerschaft -	
Kapitel 1020 - Verfassungsgericht -	
Kapitel 1030 - Rechnungshof -	
Anlagen	
1 Stellenplan (blaues Papier)	1 - 12
2 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
Sondervermögen „Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg“	1 - 2
3 Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	1 - 2

Produktinformationen

Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

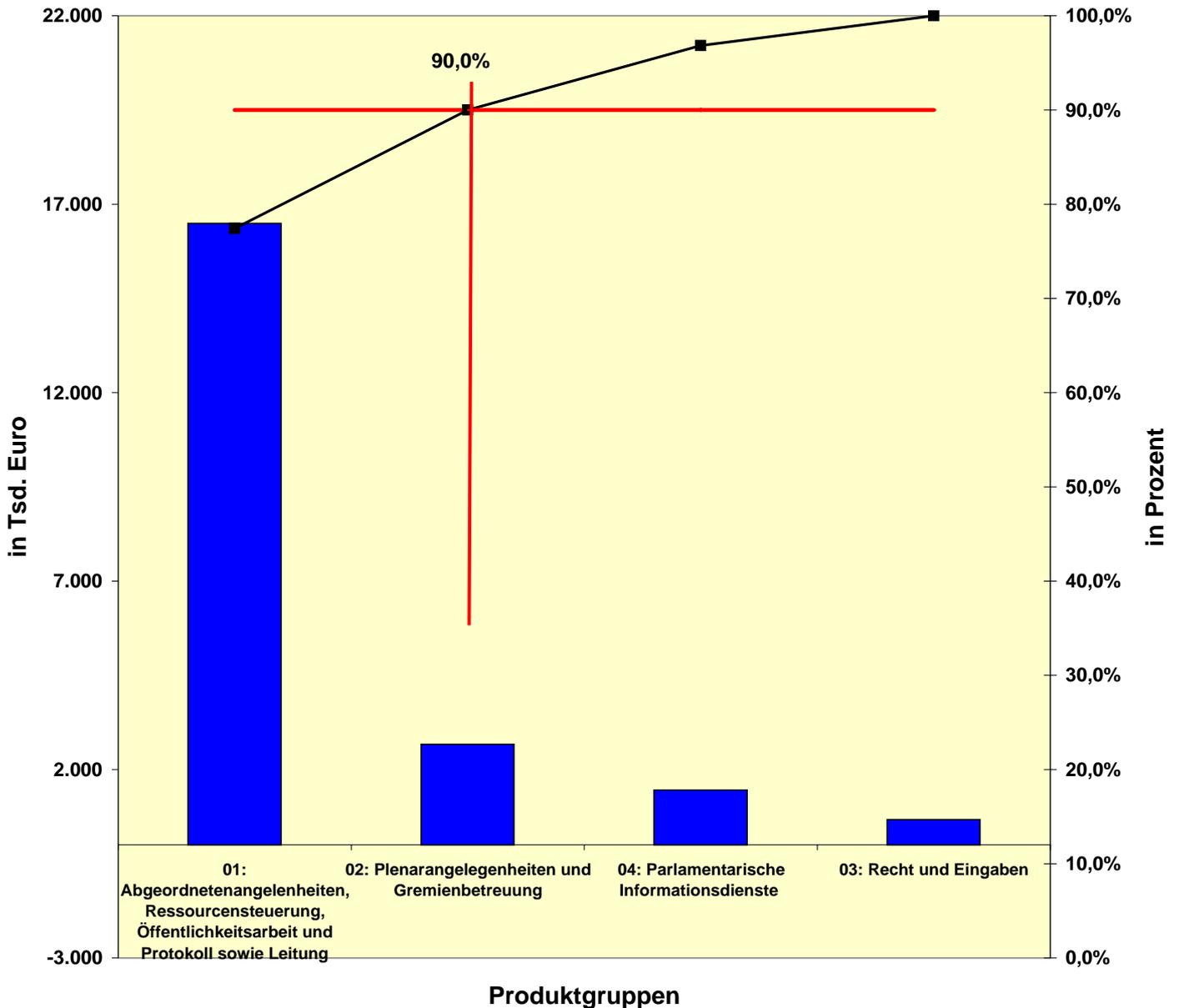
Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80 : 20 Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

Strukturdatenblatt Haushaltsjahr 2007: Einzelplan 1.0 - Bürgerschaftskanzlei

Tabelle 1				
1	Summierungsabgleich in Tsd. EUR	PB	gelbe Seiten Gesamtausgaben	
			PG	PB
1	2	3	4	5
	01: Abgeordnetenangelegenheiten, Ressourcensteuerung, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll sowie Leitung gesamt	01	16.489 16.489	16.489
	02: Plenarangelegenheiten und Gremienbetreuung gesamt	02	2.673 2.673	2.673
	03: Recht und Eingaben gesamt	03	674 674	674
	04: Parlamentarische Informationsdienste gesamt	04	1.456 1.456	1.456
	Summe		21.292	21.292

Tabelle 2							
Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen
			in Tsd. EUR	in %			
1	2	3	4	5	6	7	8
1	01: Abgeordnetenangelegenheiten, Ressourcensteuerung, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll sowie Leitung	01	16.489	77,4%	77,4%	5	20
2	02: Plenarangelegenheiten und Gremienbetreuung	02	2.673	12,6%	90,0%	2	9
3	04: Parlamentarische Informationsdienste	04	1.456	6,8%	96,8%	3	19
4	03: Recht und Eingaben	03	674	3,2%	100,0%	1	7
Summe			21.292	100,0%		11	55



Produktinformationen

Produktbereich 01: Bürgerschaftskanzlei

Kapitel 1000

Produktbereichskennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	208	196	197	201	202
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	24	10	10	10	10
• Besondere Finanzierungseinnahmen in Tsd. EUR	184	186	187	191	192
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	19.214	19.754	19.910	20.935	22.527
• Personalausgaben in Tsd. EUR	12.622	12.920	13.143	13.588	14.922
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.592	6.834	6.767	7.347	7.605
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	2	2	2	2	2
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	3.794	3.850	3.785	3.794	3.870
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	196	188	213	357	114
Stellen ¹	81,80	80,05	80,05	83,79	83,79

Ziele des Produktbereichs

Z 1: Unterstützung der Bürgerschaft, der Gremien und des Präsidenten bei der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Pflichten und Aufgaben.

Z 2: Bereitstellung von parlamentarischen Informationen für die interessierte Öffentlichkeit.

Produktgruppen - Überblick

PG 1 Abgeordnetenangelegenheiten, Ressourcensteuerung, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll sowie Leitung

PG 2 Plenarangelegenheiten und Gremienbetreuung

PG 3 Recht und Eingaben

PG 4 Parlamentarische Informationsdienste

Produktgruppe 01: Abgeordnetenangelegenheiten, Ressourcensteuerung,
Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll sowie Leitung

Kapitel 1000

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Z 1: Schaffung der strukturellen Voraussetzungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachabteilungen der Bürgerschaftskanzlei. Leitungsunterstützung in Sachen Ressourceneinsatz und wirksame Gestaltung der Darstellung der Bürgerschaft, insbesondere des Präsidenten und des Präsidiums in der Öffentlichkeit.

Z 2: Sicherstellung der Gewährung von Leistungen nach dem Hamburgischen Abgeordnetengesetz, dem Fraktionsgesetz und dem Parteiengesetz.

Produkte

P 1 Interner Service

Erläuterungen:

Interne Aufgaben- und Technikunterstützung (Personalbetreuung, Betrieb der IuK-Infrastruktur, Bereitstellung von Anwendungen, IuK-Benutzerbetreuung und -beratung, Geräte- und Materialverwaltung, Gebäudemanagement (im Rahmen der Richtlinie zum Fraktionsgesetz auch für die in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen).

¹ 2007/2008: Für die Arbeitsstäbe der laufenden Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse wurden 5 Stellen eingerichtet. Die Stellen sind mit kw-Vermerken versehen.

PUA "Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße": 2 Stellen IIa, IVa

PUA "Überprüfung der Weitergabe von vertraulichen Dokumenten des PUA Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße": 3 Stellen Ib, IIa, IVa

Produktbereich: 01
Bürgerschaftskanzlei

Ressourcensteuerung (Planung, Aufstellung und Steuerung der Sach- und Personalbudgets, Controlling, Prozess-optimierung, Organisation und Personalplanung).
P 2 Ressourcensteuerung
P 3 Internetservice für Abgeordnete, Fraktionen und Öffentlichkeit Erläuterungen: Bereitstellung parlamentarischer Informationen über das Internet, Weiterentwicklung und Pflege der Anwendungen
P 4 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll, Erläuterungen: Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen aller Art; Bürgerberatung
P 5 Angelegenheiten der Abgeordneten, Fraktionen und Parteien Erläuterungen: Leistungen nach dem Abgeordneten- und dem Fraktionsgesetz; Parteienfinanzierungen; Angelegenheiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten.

Haushaltsdaten	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	208	10	197	201	202
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	24	10	10	10	10
• Besondere Finanzierungseinnahmen in Tsd. EUR	184	0	187	191	192
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	14.936	2.082	11.839	16.132	17.657
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²	10.009	1.102	10.711	10.985	12.303
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ³	4.927	980	1.128	5.147	5.354
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	2	2	2	2	2
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	3.742	-	-	3.700	3.758
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	196	188	213	357	114

Quantitätskennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen ⁴	31,27	26	29,50	33,26	33,26

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Interner Service:					
Anzahl der Fortbildungstage pro Beschäftigten					
Anzahl der Fortbildungstage pro Beschäftigten	3,10	3	3	3	3
Anzahl der Beschäftigten	92	98	92	92	92
P 3: Internetservice für Abgeordnete, Fraktionen und Öffentlichkeit :					
Zu betreuende Präsenzen (Internet, BürgerschaftIntern, Intranet) ⁵	3	3	3	2	2
Html-Seiten insgesamt. ⁶	600	600	700	800	900
Monatliche Aktualisierungen	300	300	300	350	400
Spezialangebote (Datenbanken, Interaktive Anwendungen, Online-Bestellmöglichkeiten, Video/Ton)	7	7	8	10	11
Anfragen (aufgerufene Seiten, nur Internet)	3.320.950	4.100.000	4.200.000	3.500.000	3.600.000
Nutzungs-Rang innerhalb der FHH-Seiten (nur Internet) ⁷	-	5	5	5	5

² Darunter 2005: 53 tsd. EUR Personalkosten für den Arbeitstab des PUA "Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße"

³ Darunter 2005: 109 tsd. EUR Sachkosten für den den Arbeitsstab des PUA "Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße"

⁴ inklusive Stellen Leitung, Präsidialbereich und PUA

⁵ Durch Neugestaltung des Intranets wird voraussichtlich das Angebot "BürgerschaftIntern" eingestellt

⁶ Anstieg der Seitenzahlen, da das Intranet umfangreicher ausfallen wird als "BürgerschaftIntern"

⁷ Ist -Daten 2005 nicht bekannt

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 5: Angelegenheiten der Abgeordneten, Fraktionen und Parteien:					
Entgelt und Aufwandsentschädigungen (ohne Büro- und Mitarbeiterzuschüsse) in Tsd. EUR	4.739	4.755	4.808	4.934	5.482
Bürokosten in Tsd. EUR	751	644	644	733	1.426
Kosten für die Beschäftigung von Mitarbeitern in Tsd. EUR	3.148	3.169	3.217	3.240	3.333
Durchschnittliche Jahreskosten pro Mandat in Tsd. EUR	71,39	70,80	71,60	73,61	84,64
Zahlungen pro Jahr an Hinterbliebene und Versorgungsleistungen in Tsd. EUR	141	153	160	165	201
Zuschüsse nach dem Fraktionsgesetz in Tsd. EUR	3.227	3.278	3.328	3.300	3.358
Zahlungen Parteienfinanzierung pro Jahr in Tsd. EUR	515	520	405	400	400
Anzahl der Abgeordneten ⁸	-	121	121	121	121
Wechsel von Abgeordneten pro Jahr ⁹	5	7	7	7	50
Anzahl der ehemaligen Abgeordneten bzw. Hinterbliebenen, die Versorgungsleistungen erhalten	36	36	38	31	35
Anzahl der Fraktionen und Gruppen	3	3	3	3	3
Anzahl der anspruchsberechtigten Parteien ¹⁰	6	6	6	6	3

Produktgruppe 02: Plenarangelegenheiten und Gremienbetreuung

Kapitel 1000

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Produkte

P 1 Plenarangelegenheiten

Erläuterungen:

Durchführung von Bürgerschaftssitzungen; Bearbeitung von Kleinen und Großen Anfragen; Festhalten und Weitergabe von Entscheidungen in Form von Protokollen, Berichten u.ä.; Berichterstattung an andere; (rechtliche und fachliche Beratung; Umsetzung der rechtlichen Ansprüche; sonstige monetäre Angelegenheiten).

P 2 Gremienbetreuung

Erläuterungen:

Betreuung der bürgerschaftlichen Ausschüsse, (Durchführung der Ausschusssitzungen, Erstellung von Berichten und Protokollen).

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	2.181	2.347	2.376	2.673	2.715
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.135	1.243	1.212	1.315	1.325
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.046	1.104	1.164	1.358	1.390

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen	23,75	20,50	23	23,75	23,75

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

⁸ Der Aufgabenbereich "Abgeordnetenangelegenheiten" ist sachlich den Aufgaben der Allgemeinen Verwaltung zuzuordnen. In Anpassung an die Struktur anderer Landtage wurde dies zum Haushaltsjahr 2006 vollzogen.

⁹ Im Wahljahr 2008 wird mit einem Wechsel von 50 Abgeordneten gerechnet

¹⁰ Über die in der Bürgerschaft vertretenen Parteien hinaus sind dies: Pro/DM Schill, FDP und die Grauen

Produktbereich: 01
Bürgerschaftskanzlei

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Plenarangelegenheiten:					
Sitzungstage der Bürgerschaft	25	29	29	25	25
Kleine Anfragen	1.049	1.106	1.106	1.100	1.100
Große Anfragen	57	75	75	60	60
Anträge	348	452	452	350	350
Gesetzentwürfe	60	40	40	50	50
Ausschussberichte	267	340	340	300	300
Mitteilungen des Senats	61	60	60	60	60
P 2: Ausschussangelegenheiten:					
Anzahl betreuter Ausschüsse	17	15	15	16	16
Ausschusssitzungen	214	160	160	205	205

Produktgruppe 03: Recht und Eingaben

Kapitel 1000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Unterstützung der Bürgerschaft, der Gremien und des Präsidenten bei der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Aufgaben.
Z 2:	Sicherstellung eines umfassenden, kompetenten und an den Wünschen der Kundinnen und Kunden orientierten Administrations- und Rechtsservices für das Parlament (Präsident, Abgeordnete und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ehemalige Abgeordnete, Ausschüsse, Fraktionen und Gruppen), Parteien, Bürgerinnen und Bürger.
<i>Produkte</i>	
P 1 Recht, Eingaben und Europa	
Erläuterungen:	
Allgemeine Rechtsangelegenheiten; Geschäftsstelle des Eingabenausschusses, rechtliche Überprüfung und Bearbeitung der Eingabenvorgänge, Beratung von Petenten. Sitzungsvorbereitung für die bürgerschaftlichen Teilnehmer in parlamentarischen Konferenzen und europäischen Gremien.	

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ¹¹	0	186	-	-	-
• Besondere Finanzierungseinnahmen in Tsd. EUR	0	186	-	-	-
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	613	13.587	4.315	674	674
• Personalausgaben in Tsd. EUR	450	9.519	383	447	447
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	163	4.068	3.932	227	227
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	-	3.798	3.733	-	-

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen ¹²	7	10	7	7	7

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>

¹¹ Der Aufgabenbereich "Abgeordnetenangelegenheiten" ist sachlich den Aufgaben der Allgemeinen Verwaltung zuzuordnen (Produktgruppe 01). In Anpassung an die Struktur anderer Landtage wurde die Verlagerung zum Haushaltsjahr 2006 vollzogen.

¹² Drei Stellen weniger wegen Aufgabenverlagerung der Abgeordnetenangelegenheiten in die Produktgruppe 1

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Recht, Eingaben und Europa:					
Schriftl. Gutachten zu allg. Rechtsfragen	60	75	75	60	60
Anzahl der Eingabenausschusssitzungen	57	50	50	55	55
Eingaben	657	850	850	800	800
davon beschleunigte Verfahren	222	400	400	300	300
Schriftliche Stellungnahmen zu Eingaben	750	880	880	850	850
Beratungen in Eingabenangelegenheiten	750	870	870	850	850
Anzahl der vorbereiteten Sitzungen europäischer Gremien	18	18	18	18	18

Produktgruppe 04: Parlamentarische Informationsdienste

Kapitel 1000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Unterstützung der Bürgerschaft, der Gremien und des Präsidenten bei der Wahrnehmung ihrer parlamentarischen Pflichten und Aufgaben, umfassende, fachlich kompetente, zeitnahe und kundenorientierte Informationsvermittlung und -versorgung sowie Aufbau und Pflege von Online-Informationssystemen für die Bürgerschaft und andere Nutzer (Behörden, Presse, Öffentlichkeit),
<i>Produkte</i>
P 1 Parliamentsdokumentation Erläuterungen: Auswertung und Bereitstellung von Parliamentsmaterialien, Recherchen in internen und externen Datenbanken, Kundenbetreuung
P 2 Parliamentsbibliothek Erläuterungen: Bereitstellung von Fachliteratur und anderer Medien, Recherchen in internen und externen Datenbanken, Kundenbetreuung, Videoaufzeichnung von Fernsehsendungen
P 3 Pressedokumentation Erläuterungen: Auswertung von Zeitungen und Zeitschriften, Pressespiegelerstellung, Inhaltserschließung, Recherchen in internen und externen Datenbanken, Kundenbetreuung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.484	1.738	1.380	1.456	1.481
• Personalausgaben in Tsd. EUR	1.028	1.056	837	841	847
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	456	682	543	615	634
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	52	52	52	94	112

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
Stellen ¹³	19,78	23,55	20,55	19,78	19,78

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>

¹³ Zum 01.08.2005 wurde der Internetservice in die Produktgruppe 01 verlagert. Zum 01.01.2006 wurde die Senatsbücherei in die Parlamentsbibliothek integriert.

Produktbereich: 01
Bürgerschaftskanzlei

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2005	Plan 2005	Plan 2006	Plan 2007	Plan 2008
P 1: Parlamentsdokumentation:					
Archivierte Dokumente der Bürgerschaft (Drucksachen, Plenarprotokolle, Ausschussprotokolle)	49.820	46.000	46.000	49.000	49.000
Archivierte Dokumente anderer Parlamente (Drucksachen, Plenarprotokolle; je 1 Exemplar) ¹⁴	10.300	11.000	3.500	3.000	2.500
Erschließung der hamburgischen Dokumente (formal u. inhaltlich)	2.224	1.900	1.900	2.200	2.200
Erfassung der Dokumente und Vorgänge in Datenbanken	1.889	1.800	1.800	1.900	1.900
Recherchen im Web-Client der Datenbank Dokrates	37.371	35.000	40.000	40.000	40.000
Fachauskunft und Recherche	2.514	2.000	2.000	2.500	2.500
P 2: Parlamentsbibliothek:					
Medienbestand (Bücher, Zeitschriften, Loseblattwerke, Mikroformen, Videobänder u.a.) ¹⁵	23.000	78.000	78.000	45.000	45.000
Erschließung der Medien (Katalogisierung u. inhaltliche Erschließung aus Zeitschriften u. Büchern)	1.257	1.000	1.000	1.250	1.250
Fachauskunft und Recherche	1.654	2.000	2.000	1.700	1.700
P 3: Pressedokumentation:					
Zugang an Presseauschnitten (Mehrfachablage eingestellt)	25.576	30.000	30.000	26.000	32.000
Ausgewertete und erschlossene Presseauschnitte	25.576	30.000	30.000	26.000	32.000
Ausgewertete Publikationen (eig. Auswahl u. Vorauswahl durch Staatl. Prst.) ¹⁶	47	55	55	50	50
Fachauskunft und Recherche ¹⁷	885	850	850	800	950
Veröffentlichte Pressespiegel	558	555	555	555	555
Auflage pro Pressespiegel	212	189	189	212	212
Kosten eines Pressespiegels (Stückzahl) in EUR	4,65	5,21	5,27	4,05	4,22
Kosten einer Ausgabe des Pressespiegels in EUR	879,56	984,96	995,27	859,07	894,31
Gesamtkosten des Pressespiegels pro Jahr in EUR	488.155	546.655	552.372	476.783	496.345

¹⁴ Die Dokumente der anderen Landtage werden nicht mehr in Papierform archiviert. Der Schnitt erfolgt jeweils mit Wahlperiodenwechsel. Es bleiben die Dokumente des BR und BT

¹⁵ Ab 2005 ohne Mikroformen. Durch die Integration der Senatsbücherei zum 01.01.2006 vergrößert sich der Bestand um 22.000 Medieneinheiten.

¹⁶ Ergebnis 2003: inkl. Zulieferungen von gewünschten Artikeln durch die Fraktionen
ab 2004: Mehr Publikationen durch Zusammenlegung der Pressespiegel Senat und Bürgerschaft

¹⁷ seit 01.01.2003 ohne Profildienste (Recherchen)

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2007 / 2008

Einzelplan 01.0

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Deckungskreise
Deckungskreis im Kapitel 1000

01 Leistungen an Abgeordnete bzw. deren Familien

Einzelplanübersicht - Einnahmen - (in Tsd. EUR)

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09			Gebühren (G) 111		
		Steuerähnliche Abgaben (A) 09			übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008	2006	2007	2008
		1	2	3	4	5	6
1000	Bürgerschaft	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	10	10	10
1030	Rechnungshof	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
	Gesamteinnahmen 2006 / 2007 / 2008	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	10	10	10
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		-	-		- G	- G
			- A	- A		-	-

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2006	2007	2008	2006	2007	2008	2006	2007	2008	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
-	-	-	-	-	-	187	191	192	1000
-	-	-	- Z	- Z	- Z	-	-	-	1030
-	-	-	- Z	- Z	- Z	187	191	192	Ges. einn.
	-	-		-	-		4 +	5 +	+/-
				- Z	- Z				

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008
		16	17	18
1000	Bürgerschaft	197	201	202
1030	Rechnungshof	-	-	-
	Gesamteinnahmen 2006 / 2007 / 2008	197	201	202
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		4+	5+

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008	2006	2007	2008
		1	2	3	4	5	6
1000	Bürgerschaft	13.143	13.588	14.922	2.821	3.429	3.603
		-	-	-	-	-	-
1020	Verfassungsgericht	36	36	36	17	13	8
		-	-	-	-	-	-
1030	Rechnungshof	13.182	13.720	13.675	992	1.028	1.028
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2007 / 2006	26.361	27.344	28.633	3.830	4.470	4.639
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		983 +	2.272 +		640 +	809 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-	-	-
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		-	-		-	-

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2006	2007	2008	2006	2007	2008	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
3.946	3.918	4.002	-	-	-	1000
-	-	-	-	-	-	1020
-	-	-	-	-	-	1030
142	140	140	-	-	-	
-	-	-	-	-	-	
4.088	4.058	4.142	-	-	-	Ges. Aus.
			- H	- H	- H	
	30-	54 +		-	-	+/-
				- H	- H	
-	-	-	-	-	-	Ges. VE
			- H	- H	- H	
	-	-		-	-	+/-
				- H	- H	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2006	2007	2008	2006	2007	2008
		13	14	15	16	17	18
1000	Bürgerschaft	-	-	-	19.910	20.935	22.527
		-	-	-	-	-	-
1020	Verfassungsgericht	-	-	-	53	49	44
		-	-	-	-	-	-
1030	Rechnungshof	-	-	-	14.316	14.888	14.843
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2007 / 2006	-	-	-	34.279	35.872	37.414
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		-	-		1.593 +	3.135 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	-	-	-
	Gegenüber 2006 mehr (+) / weniger (-)		-	-		-	-

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2006	2007	2008	2006	2007	2008	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
213	357	114	20.123	21.292	22.641	1000
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	53	49	44	1020
-	-	-	-	-	-	
80	87	97	14.396	14.975	14.940	1030
-	-	-	-	-	-	
50 B	30 B	30 B	34.572	36.316	37.625	Ges. Aus.
243	414	181				
	20-B	20-B		1.744 +	3.053 +	+/-
	171 +	62--				
- B	- B	- B	-	-	-	Ges. VE
-	-	-				
	- B	- B		-	-	+/-
	-	-				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1000	Bürgerschaft				
(011)	----- EINNAHMEN				
119.01	Einnahmen aus Veröffentlichungen (Weggefallener Ansatz)	0	0	-	-
119.02	Erstattungen parlamentarischer Gremien oder Funktionsträger für sächliche Aufwendungen der Bürgerschaftskanzlei Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.0.1000.534.05.	19	10	10	10
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	0	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	5	0	-	-
129.01	Kostenbeiträge für die Teilnahme am Imbiss bei Plenarsitzungen (Weggefallener Ansatz)	0	0		
282.01	Zweckgebundene Einnahmen für Veranstaltungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 01.0.1000.534.03.	1	0	-	-
332.01	Kostenbeiträge anderer Länder zur Entwicklung eines neuen Parlamentsdokumentationssystems (Weggefallener Ansatz)	0	0		
389.01	Beteiligung der Abgeordneten an Versorgungs- leistungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.0.1000.429.01.	185	187	191	192
	Gesamteinnahmen		197	201	202
	AUSGABEN				
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	1.292 184 R	1.431	1.439	1.444
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	4.051	3.923	4.006	4.034
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	17	0	-	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	158	135	222	223

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1000 -----					
411.01	Steuerpflichtiges Entgelt gemäß § 2 HmbAbgG Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	3.834	3.871	3.977	4.496
411.02	Fahrtkosten und Reisekosten gem. § 3 (4) HmbAbgG als Aufwandsentschädigung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	107 23 R	133	130	141
411.04	Zuschüsse zum Familienunterhalt an Abgeordnete bzw. ihre Familien Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	97 12 R	106	97	97
411.06	Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung gem. § 5 HmbAbgG Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	95 11 R	102	97	102
411.07	Bürokosten gemäß § 3 (1) HmbAbgG als Aufwandsent- schädigung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	751 3 R	694	733	1.426
411.08	Kostenpauschale gemäß § 3 (2) HmbAbgG als Auf- wandsentschädigung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	482 6 R	505	511	529
411.09	Zuschuss für Hilfskräfte gemäß § 3 (3) HmbAbgG als Aufwandsentschädigung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	3.148 37 R	3.217	3.240	3.333
411.10	Sitzungsgelder gemäß § 4 HmbAbgG als Aufwandsent- schädigung Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	220 27 R	216	219	214
411.11	Altersentschädigung, Leistungen an Hinterbliebene gem. §§ 11, 14 und 15 HmbAbgG Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-010-1000-01 .	44 4 R	54	68	104
429.01	Zuführung an das Sondervermögen Versorgungsfonds Bürgerschaft Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.0.1000.389.01.	185	187	191	192

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1000 -----					
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens	0	0	-	-
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1000 Übertragbar Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellungsbundenen Personalausgaben im KR/NSM- Bereich des Kapitels	0	0	-	-
461.20	Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.2.9700.461.20.	0	0	31	31
519.01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar	162 247 R	335	335	335
523.01	Mikroverfilmung von Parlamentsmaterialien Übertragbar	0 28 R	0	25	25
523.02	Bücher, Zeitschriften und Medien der Parlamentsbibliothek Übertragbar	41 8 R	42	62	62
525.91	Aus- und Fortbildung Übertragbar	10 24 R	10	4	4
525.92 (012)	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	0	0	6	6
529.01	Verfüungsmittel des Präsidenten Übertragbar	7 11 R	13	13	13
531.01	Bürgerschaftsdrucksachen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.0.1000.534.01.	0	0		
531.02	Öffentlichkeitsarbeit der Bürgerschaft Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.0.1000.531.02 01.0.1000.534.03 .	42 93 R	75	46	217
531.03 (187)	Abgeltung von Ansprüchen nach dem Urheberrecht Übertragbar	51 1 R	52	94	112

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1000 -----					
534.01	Sonstige Ausgaben für das Plenum, die Abgeordneten und die Ausschüsse Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.0.1000.531.01.	524 249 R	535	428	457
534.03	Veranstaltungen der Bürgerschaft, Arbeitstagungen, Besuche Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.0.1000.531.02 01.0.1000.534.03 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.0.1000.282.01.	144 85 R	180	287	282
534.04	Sachausgaben für Parlamentarische Untersuchungs- ausschüsse und Enquete-Kommissionen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0	0		
534.05	Sächliche Aufwendungen für parlamentarische Gremien und Funktionsträger Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.0.1000.119.02.	15 41 R	10	10	10
535.56	IuK-Folgekosten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.0.1000.671.56.	134 4 R	138	139	146
543.01	Erstattung für Dienstleistungen des Rathaus-Service Übertragbar	0	0	490	490
632.01	Kostenbeitrag Hamburgs an den Landtag von Nordrhein-Westfalen für die Zentraldokumentation Parlamentsspiegel	4	5	5	5
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.0.1000.511.99.	83 14 R	92	92	92
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.0.1000.535.56.	84	116	121	147
684.01 (019)	Staatliche Teilfinanzierung der politischen Parteien nach dem Parteiengesetz	515	405	400	400
684.02	Zuschüsse an die Fraktionen der Bürgerschaft Übertragbar	3.227 52 R	3.328	3.300	3.358

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1000 -----					
	Titelgruppe(n) -----				
Z61	Betriebskonto Parlamentarische Untersuchungs- ausschüsse und Enquete-Kommissionen -----				
422.61	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter Übertragbar	0	0	44	
425.61	Vergütungen der Angestellten Übertragbar	0	0	20	
432.61 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter Übertragbar	0	0		
435.61 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten Übertragbar	0	0		
441.61 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar	0	0	2	
534.61	Sachausgaben Übertragbar	109 42 R	0	51	
	Summen für Z61	109 42 R	0	117	0
701.02	Kleine Baumaßnahmen (Hochbau) Übertragbar	8 77 R	50	30	30
812.01	Beschaffung von Geräten und Ausstattungs- gegenständen Übertragbar	2 41 R	20	20	20
812.56	Beschaffung von IuK-Technik Übertragbar	185 168 R	143	307	64
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		20.123	21.292	22.641

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1020	Verfassungsgericht				
(051)	-----				
	AUSGABEN				
KRS	Kontenrahmen für Sachausgaben	9 6 R	15	11	6
412.01	Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Hamburgischen Verfassungsgerichts	37	36	36	36
535.56	IuK-Folgekosten	0	2	2	2
	Übertragbar				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		53	49	44
1030	Rechnungshof				
(011)	-----				
	EINNAHMEN				
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	0	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	3	0	-	-
281.01	Erstattung von Personalkosten durch die Kommission zur Überprüfung und Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 01.0.1030.461.01.	11	0	-	-
	Gesamteinnahmen		0	0	0
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	8.883 510 R	9.239	9.241	9.236
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	44	0	-	0
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	1	0	-	0
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	3.963	3.943	4.414	4.374
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben des Kapitels 1030	0	0	-	-
	Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.0.1030.281.01. Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellige gebundenen Personalausgaben im KRD/NSM- Bereich des Kapitels				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1030 -----					
461.20	Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.2.9700.461.20.	0	0	65	65
535.56	Beschaffung und Unterhaltung von IuK-Technik - IuK-Folgekosten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 01.0.1030.671.56.	39 18 R	77	77	77
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar	29 3 R	32	32	32
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 01.0.1030.535.56.	75	110	108	108
	Titelgruppe(n) -----				
Z61	Sach- und Fachausgaben Rechnungshof -----				
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar	80 17 R	85	85	85
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	72 44 R	80	127	127
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar	632 53 R	669	658	658
519.61	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar	22 7 R	27	27	27
525.61	Aus- und Fortbildung Übertragbar	10 5 R	13	13	13
526.61	Hinzuziehung von Sachverständigen Übertragbar	1 17 R	18	18	18
527.61	Dienstreisen Übertragbar	12 1 R	12	12	12
539.61	Vermischte Verwaltungsausgaben Übertragbar	25 3 R	11	11	11

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2005 Tsd EUR	Ansatz 2006 Tsd EUR	Ansatz 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
1030 -----					
	Summen für Z61	854 148 R	915	951	951
812.56	Beschaffung von IuK-Technik und Iuk-gerechter Büroausstattung	32 144 R	80	87	97
	Übertragbar				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		14.396	14.975	14.940

Kontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.006	---	1.248
1030	Rechnungshof -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	9.241	---	6.091
	Summe Gesamtansatz 2007	13.247	---	7.339
	Summe Vergleichszahl 2006	13.162	---	7.253
	Summe (Vergleichs-)Ist 2005	12.934	---	6.966
	Summe Rest 2005			

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Ritel	425.91	426.91	427.91	432.91	435.91	436.91	441.91
Kap. Nr.	Vergütungen der Angestellten	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamtinnen, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Angestellten	Kostenanteil an den Ver- sorgungsbez. d. Arbeit- erinnen und Arbeiter	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11	12	13
1000	2.138	---	2	373	194	---	51
1030	989	---	---	1.827	90	---	244
	3.127	---	2	2.200	284	---	295
	3.112	42	2	2.175	282	4	292
	3.305	---	---	2.088	297	---	278

Kontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.034	---	1.272
1030	Rechnungshof -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	9.236	---	6.089
	Summe Gesamtansatz 2008	13.270	---	7.361
	Summe Vergleichszahl 2007	13.247	---	7.339
	Summe (Vergleichs-)Ist 2005	12.934	---	6.966
	Summe Rest 2005			

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Ritel	425.91	426.91	427.91	432.91	435.91	436.91	441.91
Kap. Nr.	Vergütungen der Angestellten	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamtinnen, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Angestellten	Kostenanteil an den Ver- sorgungsbez. d. Arbeit- erinnen und Arbeiter	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11	12	13
1000	2.134	---	2	380	194	---	52
1030	987	---	---	1.826	90	---	244
	3.121	---	2	2.206	284	---	296
	3.127	---	2	2.200	284	---	295
	3.305	---	---	2.088	297	---	278

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	222	---	100
1030	Rechnungshof -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.414	---	3.636
	Summe Gesamtansatz 2007	4.636	---	3.736
	Summe Vergleichszahl 2006	4.078	---	3.288
	Summe (Vergleichs-)Ist 2005	4.122	---	3.362
	Summe Rest 2005			

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Titel	435.93	436.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Angestellten	Versorgungs- bezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8	9
1000	70	---	52
1030	177	---	601
	247	---	653
	193	4-	601
	200	1	559

Kontenrahmen für Versorgung -in Tsd. EUR- (KRV)

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	223	---	104
1030	Rechnungshof -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.374	---	3.598
	Summe Gesamtansatz 2008	4.597	---	3.702
	Summe Vergleichszahl 2007	4.636	---	3.736
	Summe (Vergleichs-)Ist 2005	4.122	---	3.362
	Summe Rest 2005			

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Titel	435.93	436.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Angestellten	Versorgungs- bezüge der Arbeiterinnen und Arbeiter	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8	9
1000	66	---	53
1030	179	---	597
	245	---	650
	247	---	653
	200	1	559

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	511.99 Geschäftsbe- darf, Kommu- nikation, Ge- räte u. Aus- stattungsge- genstände	514.99 Haltung von Fahrzeugen, Dienst- u. Schutzklei- dung
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft <i>Senatskanzlei</i> <i>Bürgerschaftskanzlei</i>	--- 1.439	--- 180	--- ---
1020	Verfassungsgericht <i>Verfassungsgericht</i>	11	2	---
	Summe Gesamtansatz 2007	1.450	182	---
	Summe Vergleichszahl 2006	1.446	182	---
	Summe (Vergleichs-)Ist 2005	1.301	141	---
	Summe Rest 2005			

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

<u>Titel</u>	517.99	518.99	526.99	527.99	539.99
Kap. Nr.	Bewirtschaf- tung der Grundstücke	Mieten u. Pachten	Sachverstän- dige, Ge- richts- u. andere Kosten	Dienstreisen	Vermischte Verwaltungs- ausgaben
6	7	8	9	10	11
1000	---	---	---	---	---
	440	784	---	10	25
1020	---	---	1	1	7
	440	784	1	11	32
	441	775	1	11	36
	365	766	5	15	10

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	511.99 Geschäftsbe- darf, Kommu- nikation, Ge- räte u. Aus- stattungsge- genstände	514.99 Haltung von Fahrzeugen, Dienst- u. Schutzklei- dung
1	2	3	4	5
1000	Bürgerschaft <i>Senatskanzlei</i> <i>Bürgerschaftskanzlei</i>	--- 1.444	--- 180	--- ---
1020	Verfassungsgericht <i>Verfassungsgericht</i>	6	2	---
	Summe Gesamtansatz 2008	1.450	182	---
	Summe Vergleichszahl 2007	1.450	182	---
	Summe (Vergleichs-)Ist 2005	1.301	141	---
	Summe Rest 2005			

01.0 Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

<u>Titel</u>	517.99	518.99	526.99	527.99	539.99
Kap. Nr.	Bewirtschaf- tung der Grundstücke	Mieten u. Pachten	Sachverstän- dige, Ge- richts- u. andere Kosten	Dienstreisen	Vermischte Verwaltungs- ausgaben
6	7	8	9	10	11
1000	---	---	---	---	---
	440	789	---	10	25
1020	---	---	1	1	2
	440	789	1	11	27
	440	784	1	11	32
	365	766	5	15	10

Erläuterungen zu den Kapiteln

1000 Bürgerschaft

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Bürgerschaft ist das Landesparlament der Freien und Hansestadt Hamburg. Die wichtigsten Funktionen sind die Gesetzgebung, die Kontrolle des Senats sowie die Ausübung des Budgetrechts.

Die Bürgerschaftskanzlei ist die Verwaltungseinrichtung des Landesparlamentes. Sie untersteht dem Präsidenten der Bürgerschaft und unterstützt diesen bei der Durchführung seiner Verwaltungsaufgaben. Die Bürgerschaftskanzlei erbringt vielfältige Dienstleistungen für das Parlament und setzt gesetzliche Leistungen für die Abgeordneten, Fraktionen und Parteien um.

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2006	2007	2008	+/- in %	
	in Tsd. EUR			2007:2006	2008:2007
Einnahmen					
Davon:					
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)	10	10	10	0	0
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)					
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)	187	191	192	+2,1	+0,5
Ausgaben	20.123	21.292	22.641	+5,8	+6,3
Davon:					
Personalausgaben	13.143	13.588	14.922	+3,4	+9,8
Sach- und Fachausgaben	6.767	7.347	7.605	+8,6	+3,5
Sonstige Betriebsausgaben					
Investitionen	213	357	114	+67,6	-68,1

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2004				2005			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2005 übertragene Reste		Gesamtsoll	Ist	auf 2006 übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %
598 ²	187	294	57,2	410	196	214	52,2

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

² Bei der Resteübertragung nach 2005 wurde auf die Übertragung von 117 Tsd. EUR verzichtet.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Verwaltungseinnahmen im Bereich der Bürgerschaftskanzlei verbleiben auf einem geringen Niveau, da es sich überwiegend um Erstattungen von Kopierkosten von Fraktionen und Bibliotheksbesuchern bzw. um weitere nicht planbare vermischte Einnahmen handelt.

Zur Darstellung und Abwicklung des Sondervermögens „Versorgungsleistungen für Abgeordnete“ werden Einnahmen als besondere Finanzierungseinnahmen veranschlagt.

Ausgaben

Personalausgaben

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2006, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen zu aufgabenkritischen Maßnahmen in den Jahren 2007 und 2008;
- altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2006 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2005, Altersmodell);
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2005 feststehen;
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2005), sofern dauerhaft fortwirkend, im Planansatz 2006 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Veränderungen
- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2006;
- im Finanzplan 2005-2009 in den MAP-Raten 2007 und 2008 enthaltene Anpassungen;
- IuK-bedingte Einsparungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91)
an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91),
an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91) sowie
an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifbereich bis 2008 werden zentral veranschlagt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren bis 2008.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRK, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen (Titel xxxx.632.91 / 632.01) veranschlagten Kostenanteile für Versorgung
- und der Bedarfsspitze aus Mehr-/Minderbeträgen gegenüber dem Wert nach Versorgungsprognose (vgl. Drucksache 17/3182).

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) veranschlagt. Die Kostenanteile für Versorgung (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRK; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sind entsprechend der Regelung für die KRK mit Einwilligung der Finanzbehörde einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig (Art. 3 Nr. 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet. Erkennbar werden in den Einzelplänen jetzt auch die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf, sofern die frei gewordenen Stellen mit lebensjüngeren und damit kostengünstigeren Personen nachbesetzt werden.

Für die Behörden ist mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Kapitel	Stellenzahl	Neue Stellen		Stellenhebungen		Umwandlungen	
		2007	2008	2007	2008	2007	2008
1000	83,79	---	---	---	---	---	---

Die Ausgaben im Deckungskreis 01 – Leistungen an Abgeordnete und deren Familien – werden wie folgt erläutert:

- 411.01 Veranschlagt ist das steuerpflichtige Entgelt nach § 2 Hamburgisches Abgeordnetengesetz (HmbAbgG). Es beläuft sich seit dem 01.04.2006 auf 2.303 Euro, ab dem 01.04.2007 beträgt es 2.326 EUR monatlich (Änderung des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes vom 02.01.2007, verkündet am 05.01.2007). Der Abzug für den späteren Erwerb von Versorgungsleistungen nach § 10 HmbAbgG richtet sich nach dem jeweils aktuellen Rentenversicherungsbeitragssatz zur Hälfte. Darüber hinaus ist der jährlich durchschnittlich angenommene Wechsel von sieben Abgeordneten im laufenden Jahr sowie der Wechsel einer Fraktionsspitze berücksichtigt. 2008 entstehen aufgrund der Bürgerschaftswahl Mehrausgaben für den zusätzlichen Wechsel von Abgeordneten, für Übergangsgelder sowie den Wechsel von Funktionsträgern (Fraktionsvorsitz etc.)
- 411.02 Veranschlagt sind die Fahrtkosten der Abgeordneten für die Nutzung des HVV sowie Reisekosten gem. § 3 Abs. 4 HmbAbgG unter Berücksichtigung steigender HVV-Tarife.
- 411.04 Veranschlagt sind die nach altem Recht (§ 1a Aufwandsentschädigungsgesetz) weiterhin zu leistenden Zuschüsse zum Familienunterhalt an ehemalige Abgeordnete bzw. deren Hinterbliebene (§ 28 HmbAbgG).
- 411.06 Veranschlagt sind Zuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung gemäß § 5 HmbAbgG. Der Minderbedarf 2007 gegenüber 2006 ist durch geringere Beitragssätze, der Mehrbedarf 2008 gegenüber 2007 durch den Wahlperiodenwechsel begründet.
- 411.07 Veranschlagt sind die Pauschalen für die Unterhaltung eines Abgeordnetenbüros (monatlich laufende und einmalige Zahlungen) sowie zur Ausstattung eines LuK-Arbeitsplatzes. Für den geschätzten Wechsel von sieben Abgeordneten im laufenden Jahr sind einmalige und laufende Kosten berücksichtigt. Außerdem ist darüber hinaus nach Erfahrungswerten für fünf Abgeordnete, die im Laufe eines Jahres ihr Büro wechseln, die Zahlung einer

1000

Anmietungspauschale (max. je 461 Euro) kalkuliert. Der Mehrbedarf 2008 ergibt sich durch den Abgeordnetenwechsel aufgrund der Bürgerschaftswahl.

- 411.08 Veranschlagt sind die monatlichen Kostenpauschalen für die Abgeordneten gemäß § 3 Abs. 2 HmbAbgG (seit 01.04.2006 350 Euro monatlich) einschließlich der Pauschalen für durchschnittlich sieben neue Abgeordnete durch Wechsel im laufenden Jahr.
- 411.09 Nach § 3 Abs. 3 HmbAbgG haben die Abgeordneten Anspruch auf Erstattung der Kosten für die Beschäftigung von Hilfskräften bis zur Hälfte eines Tarifgehalts nach Vergütungsgruppe BAT IIa auf der Grundlage des Durchschnittsbetrags aller Lebensaltersstufen, eines Ortszuschlags nach Stufe 1 und der allgemeinen Zulage zuzüglich der für den öffentlichen Dienst vereinbarten weiteren Bezüge, der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und des Beitrags zur gesetzlichen Unfallversicherung. Das Bruttogehalt 1/2 BAT II a beträgt (nach dem Stand Oktober 2006) 1.741,81 Euro monatlich. Ab Januar 2008 erhöht sich der dieser Betrag um 2,9% (Änderung des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes vom 02.01.2007, verkündet am 05.01.2007). Kalkuliert ist der Wechsel von 7 Abgeordneten im laufenden Jahr; der Zuschuss ist dann in einem Monat zusätzlich für die nachrückenden Abgeordneten zu zahlen. Die Ansatzserhöhungen sind bedingt durch einkalkulierte Tarifierhöhungen sowie durch den Wahlperiodenwechsel.
- 411.10 Veranschlagt sind die Sitzungsgelder für die Abgeordneten gemäß § 4 HmbAbgG als Aufwandsentschädigung. Das Sitzungsgeld beträgt seit 01.01.2002 21 Euro je Sitzung. Die Anzahl von Sitzungen pro Abgeordneten wird für 2007 mit 86 und für 2008 mit 83 angenommen.
- 411.11 Veranschlagt sind die Altersentschädigung an Abgeordnete sowie die Leistungen an Hinterbliebene gemäß §§ 11, 14 und 15 HmbAbgG. Abgeordnete erhalten nach Ausscheiden aus der Bürgerschaft eine Altersentschädigung, wenn sie mindestens ein Jahr lang auf einen Betrag nach § 10 HmbAbgG monatlich verzichtet und mindestens ein Jahr der Bürgerschaft angehört und das 65. Lebensjahr vollendet haben. Die Altersentschädigung beträgt für jedes Jahr des Verzichtes und der Mitgliedschaft 2 % des Entgeltes nach § 2 HmbAbgG. Die Zeit der Wahrnehmung der in § 2 Abs. 2 HmbAbgG genannten Ämter wird bei der Berechnung der Altersentschädigung entsprechend berücksichtigt. Im Jahr 2007 wird die Zahl der Berechtigten auf insgesamt 31 steigen, im Wahljahr 2008 auf mindestens 35, abhängig von Kandidatur/Wahlerfolg möglicherweise sogar auf 42.
- 429.01 Dem Titel werden die „Einnahmen“ aus 1000.389.01 - Beteiligung der Abgeordneten an Versorgungsleistungen – (haushaltstechnische Verrechnungen) zugeführt. Die Summe der monatlichen Verzichtsbeträge zum Erwerb von Versorgungsansprüchen der Abgeordneten wird auf der Grundlage der Zahlungen beim Titel 1000.411.01 ermittelt. Die Beträge werden dann einer Vermögensanlage in Form von Schuldverschreibungen der FHH zugeführt. Der Abzug für Versorgungsleistungen nach § 10 HmbAbgG richtet sich nach dem Rentenversicherungsbeitragsatz, der seit 01.01.2007 19,9 % beträgt. Die Abgeordneten verzichten auf einen Anteil von 50 v. H. des aktuellen Beitragssatzes bezogen auf ihr Entgelt.
- 461.20 Im Einzelplan 9.2 ist mit dem Haushaltsplan 2005/2006 ein Fonds zur Zwischenfinanzierung von Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung (Modernisierungsfonds) eingerichtet worden, um die Umsetzung aufgabenkritischer Maßnahmen zu fördern und die möglichst reibungslose Weiterbeschäftigung freierwerbenden Personals zu sichern. Um die Kostentransparenz zu erhöhen und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Sicherung der Beschäftigung eine Aufgabe ist, für die die gesamte Verwaltung verantwortlich ist, werden die Beiträge der Behörden zur Finanzierung des Fonds, die im Haushalt 2005/2006 bereits nachrichtlich im Einzelplan 9.2 veranschlagt waren (Titel 9700.461.06 bis 461.17), beginnend mit dem Haushaltsjahr 2007 dezentral in den Einzelplänen veranschlagt.

Sach- und Fachausgaben

- 523.01 Mit der Sammlung von Presseartikeln zu politisch relevanten Themen und Personen aus Hamburg, die rückwirkend bis 1971 vorliegt, verfügt die Bürgerschaft über eine in dieser inhaltlichen Zusammenstellung einmalige Sammlung, die für Recherchen nach Themen, die über Jahrzehnte Gegenstand der politischen Arbeit waren und Reden anlässlich von Gedenktagen, Feiern usw. häufig genutzt wird. Gerade die Informationen aus dem Altmaterial können zum großen Teil nicht mehr aus anderen Quellen ermittelt werden. Das noch nicht verfilmte Material (ca. 1985 - 1999) soll deshalb bis Ende 2008 auf anderen Datenträgern (Mikrofiche, Festplatte o.ä.) gesichert werden. Die Verfilmung/Speicherung erfolgt durch eine externe Firma. Das Projekt ist damit abgeschlossen, da die Artikel ab 2000 bereits gespeichert vorliegen, die Artikel 1971 bis 1984 bereits verfilmt sind.
- 523.02 Mehrbedarf nach Übernahme der Senatsbücherei in die Parlamentsbibliothek (Mittelumschichtung zu Lasten des Kapitels 1100)
- 525.91 Veranschlagt sind die Mittel für Aus- und Fortbildung der Bediensteten der Bürgerschaftskanzlei, die nicht vom Zentrum für Aus- und Fortbildung durchgeführt wird (vgl. 525.92)
- 525.92 Erstmals veranschlagt als Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung (vgl. 525.91)
- 531.01 Verlagerung der Mittel zum Titel 534.01 (Ausgaben für das Plenum, die Abgeordneten und die Ausschüsse)

- 531.02 Veranschlagt sind Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit der Hamburgischen Bürgerschaft und ihrer Gremien. Dazu gehören Publikationen (z. B. Faltblätter „Die Bürgerschaft – Aufgaben und Funktionen“, „Das Eingabeverfahren“, Sitzungskalender, Bürgerhandbuch), das Internetangebot sowie eine Präsentation über die Arbeit der Bürgerschaft. Diese Veröffentlichungen müssen in regelmäßigen Abständen aktualisiert werden und erlangen steigende Bedeutung, um den Bürgern der Stadt und den Besuchern des Rathauses das Parlament und dessen Arbeit näher zu bringen. Der Ansatz trägt dem zu erwartenden steigenden Informationsbedarf und den damit verbundenen Mehrkosten durch die Neuwahlen und den Wahlperiodenwechsel im Jahr 2008 Rechnung (Aktualisierung der Publikationen, Wahlmotivationskampagne).
- 531.03 Im Verlauf des Jahres 2006 kann der Vertrag über die elektronische Bereitstellung des Pressespiegels geschlossen werden. Der Pressespiegel wird dann entweder vollständig oder in Teilen elektronisch übermittelt. Hierfür werden je nach Anteil der elektronisch bezogenen Pressespiegel Urheberrechtsgebühren in Höhe von 75000 € (alle Pressespiegel werden elektronisch verteilt) bis 94.000 € bzw. 112.000 € anfallen. (die Hälfte der Pressespiegel wird elektronisch verteilt) einschließlich der Kosten für das elektronische Archiv anfallen. Da die Entscheidung über den Umfang der elektronischen Bereitstellung derzeit noch in der Abstimmung ist, wird vorsorglich die höhere Summe veranschlagt.
- 534.01 Ausgaben für das Plenum umfassen die Mittel, die aufgrund von Sitzungen des Plenums und der Ausschüsse entstehen, z. B. Kosten für Anhörverfahren, Kosten für die Übersetzung ausländischer Schriftstücke an die Bürgerschaft und Gerichts-, Sachverständigen- und Anwaltskosten für das Plenum. Die Mittel für Delegationsreisen sind ab 2007 beim Titel 534.03 veranschlagt. Zusätzlich werden beim Titel 534.01 die Mittel für die Bürgerschaftsdrucksachen veranschlagt (vgl. 531.01)
- 534.03 Veranschlagt sind die Mittel für Veranstaltungen, Empfänge, Arbeitstagungen und protokollarische Verpflichtungen (z. B. Bewirtung ausländischer Staatsgäste und offizieller Besucher, Delegationsreisen). Beispiele für etablierte Veranstaltungen sind Jugend im Parlament, der Tag der offenen Tür im Rathaus, der Holocaust-Gedenktag, der Parlamentarische Abend oder das Sommerfest im Rathaus. Hinzu kommen die Veranstaltungen der Bürgerschaft im Rahmen der Nacht der Jugend und des Dialogs der Generationen.
- 543.01 Veranschlagt sind die Erstattungen für die Dienstleistungen des Rathaus-Service. Die Erstattungen richten sich nach der Budgetaufteilung zwischen Senatskanzlei und Bürgerschaftskanzlei.
- Z 61 Für eine transparente Darstellung der Ausgaben für die Arbeitsstäbe der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse und Enquete-Kommissionen ist erstmalig eine Titelgruppe für den Personal- und Sachaufwand eingerichtet worden.
Veranschlagt sind die voraussichtlich noch in 2007 anfallenden Ausgaben für die Enquete-Kommission „Auswirkungen der neuen PISA-Studie auf Hamburgs Schulentwicklung“

Investitionen

- 701.02 Veranschlagt sind Mittel für kleine Hochbaumaßnahmen für die Dienstgebäude der Bürgerschaft.
- 812.01 Der Ansatz dient der Beschaffung von Geräten und Ausstattungsgegenständen.
- 812.56 Die IuK - Investitionsmittel werden überwiegend für die 2007 anfallenden Lizenzkosten und für die Einführung eines elektronischen Dokumentmanagementsystems benötigt.

4. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Bürgerschaftskanzlei ist wie folgt organisiert:



1020 Hamburgisches Verfassungsgericht

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Aufgaben und Ziele des Hamburgischen Verfassungsgerichts

Das Hamburgische Verfassungsgericht gewährt Rechtsschutz nach Maßgabe des Art. 65 Abs. 2 der Hamburger Verfassung (HV) in Verbindung mit § 14 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht (HVerfG). Durch seine Rechtsprechung schafft es Rechtssicherheit für die Verfahrensbeteiligten und die Allgemeinheit in den in Art. 65 Abs. 2 HV geregelten Bereichen.

– Personalausgaben

Für das Amt des Präsidenten des Hamburgischen Verfassungsgerichts und des Hanseatischen Oberlandesgerichts besteht für die Dauer der Amtszeit des jetzigen Amtsinhabers eine Ämterverbindung. Außerdem ist die Geschäftsstelle des Hamburgischen Verfassungsgerichts beim Hanseatischen Oberlandesgericht angesiedelt. Daher sind die Stelle des Präsidenten und die Kapazitäten der Geschäftsstelle im Produktbereich Ordentliche Gerichte (Kap. 2110) enthalten. Die übrigen Richterinnen und Richter werden von der Bürgerschaft gewählt. Außer den gesetzlichen Leistungen (Aufwandsentschädigungen) entstehen für sie im Bereich des Hamburgischen Verfassungsgerichts keine Personalkosten.

2. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2008	2007	2006	+/- Diff. in %	
	in Tsd. EUR			2007:2006	2008:2007
Einnahmen	-	-	-		
Davon					
Verwaltungseinnahmen etc					
Zuweisungen, Zuschüsse					
Investitionszuschuss etc.					
Ausgaben	44	49	53	- 7	- 10
Davon					
Personalausgaben	36	36	36	0	0
Sach- und Fachausgaben	8	13	17	- 23	- 38
sonstige Betriebsausgaben	-	-	-		
Investitionen	-	-	-		

Die für 2006 zusätzlich veranschlagten 10 Tsd. EUR für die jährliche Tagung der Verfassungsgerichtspräsidenten der Bundesrepublik Deutschland in Hamburg fallen fort.

Für 2007 sind einmalige Mittel von 5 Tsd. EUR anlässlich des Wechsels in der Leitung des Verfassungsgerichts veranschlagt.

3. Produktinformationen für das Kapitel 1020, Hamburgisches Verfassungsgericht

Ziele des Produktbereichs

Gewährung von Rechtsschutz gemäß Art. 65 Abs. 2 der Hamburger Verfassung (HV) i.V.m. § 14 des Gesetzes über das Hamburgische Verfassungsgericht (HVerfG), Herstellung von Rechtssicherheit für die Allgemeinheit durch Rechtsprechung

Produktgruppe: Hamburgisches Verfassungsgericht

Produkte

- P1 Erledigung der in Art. 65 Abs. 2 Nr. 1 bis 6 HV und § 14 des Gesetzes über das HVerfG aufgeführten verfassungsgerichtlichen Streitigkeiten, insbesondere über die Auslegung der Verfassung, über die Vereinbarkeit von Landesrecht mit der Verfassung oder abgeleitetem Landesrecht mit den Landesgesetzen, über die Auslegung oder Anwendung des Landesrechts, über die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes oder einer Rechtsverordnung und über Beschwerden gegen die Entscheidungen der Bürgerschaft in Wahlanfechtungssachen
- P2 Erledigung von Justizverwaltungsangelegenheiten, insbesondere Bescheidung von Eingaben
- P3 Erledigung von Justizverwaltungsangelegenheiten
- P4 Ressourcensteuerung und Leitungsunterstützung (Personalorganisation, Verwaltung von Haushaltsmitteln einschl. Haushaltsführung und Raumverwaltung sowie Öffentlichkeitsarbeit)

1030 Rechnungshof

1. Aufgaben, Ziele und Organisation des Rechnungshofs

1.1 Aufgaben und Ziele

Auf der Grundlage seines Verfassungsauftrages nach Art. 71 der Hamburger Verfassung, der Landeshaushaltsordnung und des Rechnungshofgesetzes überwacht der Rechnungshof die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung der Freien und Hansestadt Hamburg. Er prüft insbesondere die Verwaltung, wirkt am parlamentarischen Entlastungsverfahren mit und berät Bürgerschaft, Senat und den Präses der Finanzbehörde. Seine Tätigkeit ist darauf ausgerichtet,

- auf eine bestimmungsgemäße, wirtschaftliche und sparsame Verwendung staatlicher Mittel hinzuwirken,
- die Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Verwaltung und der staatlichen Einrichtungen bei sich wandelnden Anforderungen zu verbessern,
- die für die Haushalts- und Wirtschaftsführung bedeutsamen Entwicklungen und ihre Zusammenhänge offen zu legen und auf Fehlentwicklungen hinzuweisen.

Der Rechnungshof ist unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

1.2 Organisation

Der Rechnungshof gliedert sich derzeit organisatorisch wie folgt:



2. Ressourceneinsatz und Prüfungstätigkeit

- 2.1 Der Rechnungshof verfügt über 139 Stellen. 6 Stellen entfallen auf den Leitungsbereich (Mitglieder des Kollegiums des Rechnungshofs). Von den 133 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden 114 (86 %) unmittelbar für operative Prüfungsaufgaben eingesetzt. 19 (14%) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen Querschnitts- und Intendanzaufgaben wahr.

Die Prüfungskapazität des Rechnungshofs wird im Wesentlichen entsprechend dem jeweiligen Haushalts- und Personalvolumen der zu prüfenden Verwaltungseinheit (Behörden, Dienststellen, Unternehmen) eingesetzt; besondere Schwerpunktsetzungen können sich jedoch aus aktuellen Anlässen und besonderen Problemlagen ergeben. Grundlagen hierfür sind der Geschäftsverteilungsplan und die Arbeitsplanung des Rechnungshofs.

- 2.2 Der Rechnungshof wählt seine Prüfungen unter Berücksichtigung ihrer Wirksamkeit und Prävention aus. Er richtet seine Prüfungen insbesondere aus auf
- Aufgabenfelder mit hoher finanzieller Bedeutung,
 - wichtige Aufgaben und Programme sowie auf die Einhaltung wesentlicher Ordnungsregelungen,
 - grundlegende Fragen der Zielsetzung, des Verwaltungsaufbaus, der Planung, des Vollzugs, der Kontrolle und der Steuerung.

Der Rechnungshof stellt in jedem Jahr auf:

- eine vier Jahre umfassende Mittelfristige Prüfungsplanung, in die die in Aussicht genommenen Prüfungsvorhaben mit übergreifender Themenstellung sowie von besonderer Bedeutung aufgenommen werden,
- einen Gesamtarbeitsplan, der für das laufende Jahr sämtliche Prüfungen enthält.

Beide Unterlagen enthalten Aussagen über die für die einzelnen Prüfungen erforderlichen personellen Kapazitäten. Es handelt sich hierbei um Planungs- und Entscheidungsunterlagen des Rechnungshofs, die immer aktuellen Entwicklungen neu angepasst werden, aus der Natur der Sache intern sind und Dritten nicht zur Verfügung gestellt werden können.

- 2.3 Die Prüfungstätigkeit des Rechnungshofs deckt ein breites Spektrum von Zielen, Inhalten und Vorgehensweisen ab. Dementsprechend differieren die Prüfungen erheblich hinsichtlich ihrer Komplexität, ihres Schwierigkeitsgrades sowie ihres Personal- und Zeitaufwandes. Von daher unterscheidet der Rechnungshof insbesondere
- Prüfungen, die sich im Wesentlichen auf die Ordnungsmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit der Verwaltung konzentrieren (Rechnungsprüfungen),
 - Prüfungen der Organisation, des Technikeinsatzes und der wirtschaftlichen Aufgabenwahrnehmung (Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen),
 - Prüfungen der staatlichen Betätigung bei privatrechtlichen Unternehmen (Betätigungsprüfungen),
 - Prüfungen, die die gesamte Verwaltung oder mehrere Behörden einbeziehen (Querschnittsprüfungen),
 - Prüfungen, die auf Wirkungsanalyse, Erfolgskontrolle oder Aufgabenkritik gerichtet sind.
- 2.4 Die Prüfungstätigkeit des Rechnungshofs schlägt sich insbesondere in Prüfungsmitteilungen an die Verwaltung, den jährlichen Berichten an die Bürgerschaft und den Senat (§ 97 LHO) oder auch z. B. in Sonderberichten (§ 99 LHO) und gutachtlichen Äußerungen (§ 88 LHO) nieder. In den Jahresberichten fasst er die Ergebnisse seiner Prüfungen, soweit sie für die Entlastung des Senats von Bedeutung sein können, zusammen. Dies spiegelt naturgemäß nicht das gesamte Prüfungsgeschehen wider. Die Erörterung des Prüfungsstoffs und die Auseinandersetzung mit der Verwaltung sind vielfach weder mit den Prüfungsmitteilungen noch mit dem Jahresbericht abgeschlossen, weil die Umsetzung von Forderungen und Empfehlungen des Rechnungshofs ebenso wie die Umsetzung parlamentarischer Beschlüsse und die Beantwortung bürgerschaftlicher Ersuchen durch die Behörden oft geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Über seine Prüfungstätigkeit hinaus begleitet er die Einrichtung und Fortentwicklung von Kassenverfahren für den Haushalt, die Steuern oder von kassenwirksamen Verwaltungsverfahren, soweit gesetzlich das Einvernehmen mit dem Rechnungshof vorgeschrieben ist, und äußert sich gegenüber der Verwaltung u.a. zu Verwaltungsvorschriften des Haushalts- und Kassenwesens oder zu organisatorischen Maßnahmen (§§ 79, 102, 103 LHO).

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

3.1 Übersicht über die Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

	2006	2007	2008	+/- in %	
	in Tsd. EUR			2007:2006	2007:2008
Einnahmen					
Davon:					
Verwaltungseinnahmen etc. (Hgr. 1)					
Zuweisungen, Zuschüsse (Hgr. 2)					
Investitionszuschüsse, etc. (Hgr. 3)					
Ausgaben	14.396	14.975	14.940	+4,0	-0,2
Davon:					
Personalausgaben	13.182	13.720	13.675	+4,1	-0,3
Sach- und Fachausgaben	1.134	1.168	1.168	+3,0	0
Sonstige Betriebsausgaben					
Investitionen	80	87	97	+8,75	+11,5

Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2004				2005			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2005 übertragene Reste		Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2006 übertragene Reste	
in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in Tsd. EUR	in %
226	69,9	100	44,2	176	32	144	81,8

3.2 Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Versorgung (KRV) und Stellenplan

KRD

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2006, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen zu aufgabenkritischen Maßnahmen in den Jahren 2007 und 2008;
- altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2006 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2005, Altersmodell);
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2005 feststehen;
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2005), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2006 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Veränderungen;
- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2006;
- im Finanzplan 2005-2009 in den MAP-Raten 2007 und 2008 enthaltene Anpassungen;
- IuK-bedingte Einsparungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91)
 - an den Versorgungsbezügen der Angestellten (Titel 435.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeiterinnen und Arbeiter (Titel 436.91) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifbereich bis 2008 werden zentral veranschlagt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren bis 2008.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRK, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen (Titel xxxx.632.91/632.01) als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung
- und der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose verbleibt.

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) veranschlagt. Die Kostenanteile für Versorgung (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRK; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal 11 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene (Gruppe 432) unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sind entsprechend der Regelung für die KRK mit Einwilligung der Finanzbehörde einzelplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig (Art. 3 Nr. 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet. Erkennbar werden in den Einzelplänen jetzt auch die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf, sofern die frei gewordenen Stellen mit lebensjüngeren und damit kostengünstigeren Personen nachbesetzt werden.

Für die Behörden ist mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können.

Personalausgaben im Haushaltsvollzug 2005

Das Personalausgabenbudget der dezentralisierten Personalausgaben des Rechnungshofs im Vollzug des Jahres 2005 wurde eingehalten, darüber hinaus konnten Reste in Höhe von 510 Tsd. EUR (brutto) als ersteuert anerkannt und in das Folgejahr übertragen werden.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15 Absatz 2 LHO sowie der Landesbetriebe nach § 26 Absatz 1 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2006) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008.

Die vom Senat beantragten Stellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für ggf. vorgesehene Stellenstreichungen (z.B. im Zusammenhang mit der Umsetzung aufgabekritischer Ansätze), über die der Senat die Bürgerschaft mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen – im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen – z.B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Überblick über Stellenbestand und -veränderungen

Kapitel	Stellen- zahl*)	Neue Stellen		Stellenhebungen		Umwandlungen	
		2007	2008	2007	2008	2007	2008
1030 Rechnungshof	139	-	-	-	-	-	-

) Stellenbestand gemäß Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Stellenplanverfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2006) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/2008

3.3 Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben des Rechnungshofs umfassen im Wesentlichen:

- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb von 951 Tsd. EUR,
- Ausgaben im Zusammenhang mit dem Einsatz von IuK-Technik von 77 Tsd. EUR,
- Kosten für die Inanspruchnahme von Dataport von 140 Tsd. EUR.

3.4 Investitionen

Die veranschlagten 87 Tsd. EUR (2007) und 97 Tsd. EUR (2008) werden für die im Planungszeitraum 2005 - 2007 festgelegte Modernisierung der technischen IuK-Architektur und der Netztechnik des Rechnungshofs, die Erhöhung der Daten- und Netzsicherheit, die Einführung von Abrufverfahren bei Prüfungen und für Ersatzbeschaffungen der vorhandenen IuK-Ausstattung benötigt.

**Haushaltsplan
Freie und Hansestadt Hamburg**

Haushaltsjahr 2007/2008

**Stellenplan und
Stellenübersichten**

Einzelplan 1.0

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

Einzelplan

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

I. Stellenbestand

kw 2007/ 08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 2,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 5,50 Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt ohne *
			Planstellen	andere Amtsstellen	Nach- wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1000	Bürgerschaft	2007/08	28,50			55,29	1,00			83,79
		2006	27,50			52,55	0,00			80,05
1030	Rechnungshof	2007/08	118,00			21,00				139,00
		2006	114,00			22,00				136,00
	gesamt:	2007/08	146,50	0,00	0,00	76,29	1,00	0,00	0,00	222,79
		2006	141,50	0,00	0,00	74,55	0,00	0,00	0,00	216,05

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (Juni 2006) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2007/08.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden – soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan

Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2006	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2006				Stellenplan 2007/ 08	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2007/ 08	2007/ 08/ 2006
				Zugang	Abgang				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1.0	1000 Bürgerschaft	80,05	-3,50	2,78		9,41	-4,95	83,79	3,74
	1030 Rechnungshof	136,00				3,00		139,00	3,00
	Summe:	216,05	-3,50	+2,78	+0,00	+12,41	-4,95	222,79	6,74

Einzelplan 1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Kapitel 1000	Bürgerschaft

kw 2007/ 08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
					5,50	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Angestellten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
A 16	2,00			2,00	
A 15	2,00			2,00	
A 14	1,00			1,00	
A 13	2,00			2,00	
A 13	4,00			3,00	
A 12	9,50			8,50	
A 11	4,00			5,00	
A 10	2,00			2,00	
A 8	1,00			1,00	
Summe:	28,50			27,50	

- B 6 Direktorin/ Direktor bei der Bürgerschaft (1,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (2,00)
- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (4,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (9,50)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (4,00)
- A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)
- A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	1,00			0,00	
A 12	2,00			3,00	
A 11	0,00			1,00	
A 9	1,00			1,00	
Summe:	4,00			5,00	

- A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
- A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (2,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (0,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)

Einzelplan 1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Kapitel 1000	Bürgerschaft

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2007/08		Vermerk Nr.	2006 Anzahl	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon			§ 50a (1)	
A 13	1,00			0,00	Nr. 7	H.Beschl.
A 12	1,00			2,00	Nr. 7	
A 12	1,00			1,00		
A 11	0,00			1,00	Nr. 7	
A 9	1,00			1,00	Nr. 7	
gesamt:	4,00			5,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Aufgabenverlagerung Sekretariat
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9020; Aufgabenverlagerung Sekretariat
A 11						-1,00			-1,00	Umwandlung einer Planstelle in eine Angestelltenstelle und Hebung nach III. Zur Deckung der Kosten der Hebung wird 0,25 Anteil der V/b Stelle Nr. 39 gestrichen
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	1,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt</i>										
	0,00	1,00	-1,00	2,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	1,00	

Einzelplan 1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Kapitel 1000	Bürgerschaft

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/ 08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	2,00			2,00	
I b	1,00	1,00	1)	0,00	<i>kw: 1,00 VergGr. I b</i>
II a hD	7,00	2,00	2)	5,00	<i>kw: 2,00 VergGr. II a hD</i>
III	2,00			0,00	
IV a	4,50	1,00	3)	4,00	<i>kw: 1,00 VergGr. IV a</i>
		0,50	4)		<i>kw: 0,50 VergGr. IV a Kw nach Beendigung der Arbeit der Sonderausschüsse Verwaltungsreform und Vernachlässigte Kinder</i>
IV b	3,00			3,00	
V b gD	12,78			13,00	
V b mD	0,55			0,55	
V c	7,28			8,50	
VI b	13,68	1,00	5)	13,00	<i>kw: 1,00 VergGr. VI b</i>
VII	1,50			1,50	
VIII	0,00			2,00	
Summe:	55,29			52,55	
Nachwuchskräfte (Angestellte)*					
Nachwuchs mD	1,00			0,00	
Summe:	1,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	83,79			80,05	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I b		1,00							1,00	Einrichtung des Arbeitsstabes PUA Überprüfung der Weitergabe von vertraulichen Dokumenten des PUA Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße...
II a hD		1,00							1,00	Einrichtung des Arbeitsstabes PUA Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße
II a hD		1,00							1,00	Einrichtung des Arbeitsstabes PUA Überprüfung der Weitergabe von vertraulichen Dokumenten des PUA Feuerbergstraße...
III							1,00		1,00	Überprüfung der Stellenbewertung hat III Fg. 1a ergeben
III						1,00			1,00	Umwandlung einer Planstelle in eine Angestelltenstelle und Hebung nach III. Zur Deckung der Kosten der Hebung wird 0,25 Anteil der VIb Stelle Nr. 39 gestrichen
IV a	-1,00								-1,00	Arbeit des Arbeitsstabes wurde beendet
IV a							-1,00		-1,00	Überprüfung der Stellenbewertung hat III Fg. 1a ergeben
IV a		1,00							1,00	Einrichtung des Arbeitsstabes PUA Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße
V c			-1,00						-1,00	Zur Deckung der Finanzierung einer IVa BAT
VI b		1,00							1,00	Einrichtung des Arbeitsstabes PUA Überprüfung der Weitergabe von vertraulichen Dokumenten des PUA Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße...
VIII	-1,00								-1,00	Stelleninhaber ist ausgeschieden. Stelle wird nach Zusammenlegung der Pressespiegel Senatskanzlei mit Büka nicht mehr benötigt
VIII	-1,00								-1,00	Stelleninhaber ist ausgeschieden. Vermerk wird vollzogen
Summe Angestellte										
	-3,00	5,00	-1,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	2,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	-0,50	3,41	-2,95	0,78	0,00	0,00	0,00	0,00	0,74	
Summe Angestellte insgesamt										
	-3,50	11,44	-3,95	0,78	0,00	1,00	0,00	0,00	2,74	
Nachwuchs mD		1,00							1,00	Schaffung eines Ausbildungsplatzes. Zur Deckung der Kosten werden 29 % einer VIb BAT Stelle (Nr. 39) eingespart
Summe Nachwuchskräfte (Angestellte)*										
	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-3,50	12,44	-4,95	2,78	0,00	0,00	0,00	0,00	3,74	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
I b	1) kw: 1,00 VergGr. I b	
II a hD	2) kw: 2,00 VergGr. II a hD	
IV a	3) kw: 1,00 VergGr. IV a	kw: 1,00 VergGr. IV a
IV a	4) kw: 0,50 VergGr. IV a Kw nach Beendigung der Arbeit der Sonderausschüsse Verwaltungsreform und Vernachlässigte Kinder	

Einzelplan 1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Kapitel 1030	Rechnungshof

kw 2007/ 08	kw 2009	kw 2010	kw 2011	kw >2011	kw o.T.	Vermerke
					2,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

I. Stellenbestand

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 10	1,00	1,00	1)	1,00	Einschließlich einer Aufwandsentschädigung von monatlich 230,08 EUR. <i>freigestelltes Personalratsmitglied</i> <i>kw: 2,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor Beendigung des Projekts Norddeutsche Kooperation</i>
B 6	1,00			1,00	
B 4	4,00			4,00	
A 16	10,00			11,00	
A 15	15,00	1,00 2,00	2) 3)	11,00	
A 14	19,00			18,00	
A 13	12,00			12,00	
A 13	42,00			42,00	
A 12	9,00			9,00	
A 11	1,00			1,00	
A 9	4,00			4,00	
Summe:	118,00			114,00	

- B 10 Präsidentin/ Präsident des Rechnungshofes (1,00)
- B 6 Vizepräsidentin/ Vizepräsident des Rechnungshofes (1,00)
- B 4 Direktorin/ Direktor bei dem Rechnungshof (4,00)
- A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (10,00)
- A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (15,00)
- A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (19,00)
- A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (12,00)
- A 13 Oberrechnungsrätin/ Oberrechnungsrat (42,00)
- A 12 Rechnungsrätin/ Rechnungsrat (9,00)
- A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (1,00)
- A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (4,00)

2007/ 08				2006	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
B 4	1,00			0,00	
A 13	0,00			2,00	
Summe:	1,00			2,00	

- B 4 Direktorin/ Direktor bei dem Rechnungshof (1,00)
- A 13 Oberrechnungsrätin/ Oberrechnungsrat (0,00)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 15		1,00							1,00	gem. Art. 12 Haushaltsbeschluss für freigestellte Personalratsmitglieder
A 15		2,00							2,00	gemäß Art. 8 Nr. 8 Haushaltsbeschluss
A 15						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
<i>Summe Beamtinnen/ Beamte</i>										
	0,00	3,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	4,00	

Übersicht über die Leerstellen

Wertigkeit	2007/ 08			2006	ausgebracht gemäß	
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.		Anzahl	§ 50a (1)
B 4	1,00			0,00		
A 13	0,00			2,00	Nr. 5	
gesamt:	1,00			2,00		

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2007/ 08	alter Vermerk 2006
A 15	2) 1,00 freigestelltes Personalratsmitglied	
A 15	3) kw: 2,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor Beendigung des Projekts Norddeutsche Kooperation	

Einzelplan 1.0	Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof
Kapitel 1030	Rechnungshof

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2007/ 08			2006	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I	3,00			2,00	
I a	0,00			2,00	
II a hD	1,00			1,00	
III	1,00			1,00	
IV a	2,00			2,00	
IV b	3,00			3,00	
V b gD	2,00			2,00	
V b mD	1,00			1,00	
V c	4,00			4,00	
VI b	2,00			2,00	
IX b/VII	1,00			1,00	
VIII	1,00			1,00	
Summe:	21,00			22,00	
Summe (ohne *) insgesamt	139,00			136,00	

**Wirtschaftsplan 2007/2008 für das Sondervermögen
"Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten
der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg"**

I. Einnahmen	Beträge in Tsd. Euro					Erläuterungen
	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ansatz	
Zweckbestimmung	2005	2005	2006	2007	2008	
Zuführungen von Abgeordneten	185	186	187	191	192	1.
Übertragung aus der Kasse des Vorjahres	10	12	1	--	--	
Wertpapierverkäufe	--	--	--	--	--	
Zinserträge	14	26	35	20	25	2.
Gesamteinnahmen:	209	224	223	211	217	

II. Ausgaben	Beträge in Tsd. Euro					Erläuterungen
	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ansatz	
Zweckbestimmung	2005	2005	2006	2007	2008	
Wertpapierkäufe	208	224	223	211	217	3.
Gebühren für Wertpapierkauf und -verkauf	--	--	--	--	--	4.
Zuführung zur Kasse	1	--	1	--	--	5.
Abführungen an den Haushalt	--	--	--	--	--	
Abführungen an sonstige juristische Personen aus Beteiligungen am Sondervermögen	--	--	--	--	--	
Gesamtausgaben:	209	224	224	211	217	

III. Vermögensentwicklung	Beträge in Tsd. Euro					Erläuterungen
	Ist	Ansatz	Ansatz	Ansatz	Ansatz	
	2005	2005	2006	2007	2008	
Wertpapierbestand aus Vorjahr	532	532	740	963	1.174	
Kassenbestand	1	--	1	--	--	5.
Zuführung an das Wertpapierdepot	208	224	223	211	217	3.
Entnahmen aus dem Sondervermögen	--	--	--	--	--	
Bestand am Jahresende	740	756	963	1.174	1.391	

Erläuterungen

1. § 3 Absatz 2 des Gesetzes über einen Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg regelt die Höhe der jährlichen Zuführungen zum Sondervermögen. Demnach ist dies die Gesamtsumme der monatlich anfallenden Beträge, auf die die Abgeordneten gemäß § 10 Absatz 1 des Hamburgischen Abgeordnetengesetzes verzichtet haben. Die Verzichte berechnen sich nach einem Anteil von 50% des aktuellen Rentenversicherungsbeitragssatzes bezogen auf das Abgeordnetenentgelt. Der Rentenversicherungsbeitragssatz beträgt seit dem 1.1.2003 19,5%. Für die Jahre 2006 bis 2008 wird angenommen, dass der Beitragssatz bei 19,5% konstant bleibt.
2. Die jährlich erfolgenden Zuführungen in das Sondervermögen "Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg" sollen zunächst temporär bei der Kasse Hamburg verzinslich angelegt werden. Für die Verzinsung auf den Geschäftskonten wurde ein Tagesgeldzinssatz von 2,5% zugrunde gelegt. Nach Jahresablauf werden die Mittel des Sondervermögens zu marktüblichen Bedingungen in handelbare Schuldverschreibungen des Landes Hamburg angelegt.
Für 2005 wurden Tagesgeldzinsen in Höhe von 6 Tsd. Euro sowie Wertpapierzinsen in Höhe von 8 Tsd. Euro eingenommen. Der Ansatz ist von höheren Zinseinnahmen ausgegangen. Aufgrund des Ergebnisses 2005 werden die Ansätze 2007 und 2008 entsprechend niedriger veranschlagt.
Für 2006 wurden Tagesgeldzinsen in Höhe von 5 Tsd. Euro angesetzt. Wertpapierzinsen wurden in Höhe von 30 Tsd. Euro angesetzt. Das splittet sich auf in Zinsen auf die Verzichte aus 02, aus 03, aus 04, sowie aus 05 auf. Das Ergebnis 2005 zeigt, dass der Ansatz für die Wertpapierzinsen zu hoch ist. Die Ansätze der Folgejahre werden reduziert.
Für 2007 wurden Tagesgeldzinsen in Höhe von 5 Tsd. Euro angesetzt. Wertpapierzinsen wurden in Höhe von 15 Tsd. Euro angesetzt. Dieser Ansatz splittet sich in Zinsen auf die Verzichte aus 02, 03, 04, 05 sowie aus 06 auf.
Für 2008 wurden Tagesgeldzinsen in Höhe von 5 Tsd. Euro angesetzt. Wertpapierzinsen wurden in Höhe von 20 Tsd. Euro angesetzt. Das splittet sich in Zinsen auf die Verzichte aus 02, 03, 04, 05, 06 sowie aus 07 auf.
3. Wertpapierkäufe gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes über das Sondervermögen "Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg". Diese Wertpapierkäufe erfolgen einmal jährlich, nachträglich zum Ende des Jahres mit unterschiedlichen Laufzeiten und Renditen.
Der Ansatz für 2005 setzt sich aus der Anlage der voraussichtlichen Verzichtsbeiträge aus 2005 in Höhe von 186 Tsd. Euro, sowie den angenommenen Zinsen aus 2005 in Höhe von 26 Tsd. Euro und dem Kassenbestand aus dem Vorjahr (10.153,34 Euro) zusammen. Die vormalig angenommene Zinsprognose war zu hoch, was das Ergebnis verdeutlicht.
Der Ansatz für 2006 setzt sich aus der Anlage der voraussichtlichen Verzichtsbeiträge aus 2006 in Höhe von 187 Tsd. Euro, sowie den Tagesgeldzinsen aus 2006 in Höhe von 35 Tsd. Euro und dem Kassenbestand aus dem Vorjahr (704,03 Euro) zusammen.
Wie das Ergebnis 2005 zeigt, wurde der Zinsertrag zu hoch prognostiziert.
Der Ansatz für **2007** setzt sich analog aus der Anlage der voraussichtlichen Verzichtsbeiträge betreffend 2007 i. H. v. 191 Tsd.. Euro zuzügl. der nunmehr gemäss des Ergebnisses 2005 reduzierten Zinserwartung i. H. v. 20 Tsd. Euro zusammen.
Der Ansatz für **2008** setzt sich analog aus der Anlage der voraussichtlichen Verzichtsbeiträge betreffend 2008 in Höhe von 192 Tsd. Euro zuzüglich der nunmehr gemäss des Ergebnisses 2005 reduzierten Zinserwartung i. H. v. 25 Tsd. Euro zusammen.
4. Börsengebühren und Maklergebühren, die beim Kauf und Verkauf von Wertpapieren anfallen. Die Verwaltung und Geschäftsführung werden sowohl von der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Hamburg, als auch der Bürgerschaftskanzlei kostenfrei vorgenommen.
5. Die Zuführung zur Kasse beinhaltet einen Rest der Verzichts Gesamtbeträge, der aufgrund von ungeraden Beträgen nicht in Wertpapiere angelegt wurde, sowie die Wertpapierzinsen die erstmalig im Folgejahr fällig werden.

Lagebericht

1. Zusammensetzung der Aufsichtsgremien

Das Sondervermögen ist bei der Bürgerschaft eingerichtet. Die Verwaltung und Geschäftsführung ist der Bürgerschaftskanzlei übertragen.

2. Zielbild

Das per Gesetz vom 17. Dezember 2002 (mit Wirkung vom 1. Januar 2002) errichtete Sondervermögen dient dem Zweck, im Wege der Rücklagenbildung zur späteren Finanzierung bzw. Entlastung der künftigen Versorgungsleistungen der Abgeordneten beizutragen und damit langfristig den Haushalt zu entlasten.

3. Geschäftsverlauf und zukünftige Entwicklungen

Die jährlich erfolgenden Zuführungen für das Sondervermögen "Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Abgeordneten der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg" werden temporär bei der Kasse Hamburg verzinslich angelegt. Die Mittel des Sondervermögens werden zu marktüblichen Bedingungen in handelbaren Schuldverschreibungen des Landes Hamburg angelegt.

Übersicht über die im Deckungskreis 01 veranschlagter Mittel

Deckungskreis 01/Leistungen an Abgeordnete bzw. deren Familien

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2005		2006		2007		2008	
		Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
<u>1000</u>	<u>Bürgerschaft</u>								
411.01	Steuerpflichtiges Entgelt	3.834	1	3.871	-	3.977	-	4.496	-
411.02	Fahrt- und Reisekosten	107	23	133	-	130	-	141	-
411.04	Zuschüsse zum Familienunterhalt	97	12	106	-	97	-	97	-
411.06	Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung	95	11	102	-	97	-	102	-
411.07	Bürokosten	751	3	694	-	733	-	1.426	-
411.08	Kostenpauschale	482	6	505	-	511	-	529	-
411.09	Zuschuss für Hilfskräfte	3.148	37	3.217	-	3.240	-	3.333	-
411.10	Sitzungsgelder	220	27	216	-	219	-	214	-
411.11	Altersentschädigung	44	3	54	-	68	-	104	-
Summe	Deckungskreis 01	8.778	123	8.898	-	9.072	-	10.422	-

